

Bauernprotest, zu kurz gedacht: Warum die Solidarität der CDU heuchlerisch ist

Peter Schwarz



Liebe Landwirte, glaubt ihr wirklich, dass mit diesem Slogan das Problem erschöpfend beschrieben ist?! © Gabriel Habermann

Alle dreschen auf die Ampel ein, und dagegen ist ja auch nichts einzuwenden - mehr dazu gleich. Was aber in der aktuellen Debatte oft viel zu kurz kommt: Andere haben über viele Jahre hin weg viel mehr zu den Nöten der Bauern beigetragen. Zu nennen sind zum Beispiel die großen Handelsketten oder die verfehlte Subventionspolitik der CDU/CSU. Auch der Bauernverband ist eher nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Und wir Verbraucher tragen ebenfalls Schuld. In diesem Streit ist viel Heuchelei im Spiel.

Dreihundert Leute fanden sich am Sonntag ein zum [Mahnfeuer in Großheppach, die Rauchsäule war im halben Remstal zu sehen](#): ein starkes Zeichen der Landwirte und ihrer Sympathisanten. Nur: So nachvollziehbar der Unmut ist – er richtet sich zum Teil gegen die Falschen.

Notwendige Vorbemerkung: Natürlich hat sich die Ampel den Bauernprotest selbst eingebrockt

Eins vorweg, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dass die Bauern auf die Ampel sauer sind, [ist voll verständlich](#). Die Regierung schraubt an der Steuer-Erleichterung für Agrardiesel rum, ohne sich Gedanken zu machen über viel fragwürdigere und teurere Subventionen wie das Dienstwagenprivileg. Obendrein trifft die Kürzung gerade Biobauern am härtesten, weil sie, um Düngemittel zu sparen, öfter ihre Felder beackern müssen.

Dass viele Leute, die sonst mit der Landwirtschaft nicht viel am Hut haben, in den Protest miteinstimmen, ist auch nachvollziehbar. Die Ampel stolpert von einer unausgegorenen Entscheidung in die nächste, dem Agrardiesel-Plan ging die [Streichung der E-Auto-Prämie](#) von heute Vormittag auf morgen Nacht voraus. Politische Linie? Kurzatmige Haushaltsloch-Stopferei. Wen wundert's, dass sich Menschen den Bauernprotesten anschließen, um mal ihrer grundsätzlichen Unzufriedenheit Luft zu verschaffen?

Nur: In Sachen Agrarpolitik greift das alles gnadenlos zu kurz.

Das Mahnfeuer, die Verbraucher, die Supermärkte und das Billig-Diktat

„Knaller“, wirbt derzeit ein Supermarkt im Rems-Murr-Kreis: 100 Gramm Schweinefilet für 88 Cent! Bei einem anderen gibt es Geschnetzeltes nach Gyros-Art: Das Kilo zu 5,58 Euro reicht fürs Mittagessen einer sechsköpfigen Familie. Welcher kleine Bauer soll mit solchen Dumpingangeboten aus der Agrarindustrie konkurrieren können? Und mit der Gurke oder Milch geht es weiter. Die Discounter nutzen ihre Marktmacht für knallharte Preisdiktate.

Müssten die Bauern ihre Traktoren eigentlich mal auf einem Supermarkt-Parkplatz abstellen? Problem: Dafür bekämen sie wohl deutlich weniger Zuspruch von der Bevölkerung, als wenn es gegen die Ampel geht. Denn manche, die sich derzeit selber feiern als Mitstreiter im Freiheitskampf der Bauern, holen danach doch wieder die „Maispoularde goldgelb“, 1,4 Kilo für 6,99 Euro. Waren Sie am Sonntagabend beim Mahnfeuer in Großheppach? Haben Sie dort den Impuls mitgenommen, künftig auf dem Wochenmarkt einzukaufen oder bei Direktvermarktern und dafür etwas mehr hinzulegen? Oder nehmen Sie am kommenden Samstag beim wöchentlichen Großshopping dann doch wieder das eingeschweißte Billigfleisch aus dem Regal? Wie es den Bauern geht, liegt nicht nur an der Ampel. Es liegt an uns allen.

Wer hat, dem wird gegeben: Die Fehlsteuerung der EU-Subventionspolitik

Subvention nach Fläche: Das ist in der EU seit vielen Jahren das wichtigste Förderprinzip. Was das bedeutet, hat der BUND errechnet. Sieben Milliarden Euro flossen 2022 aus Brüssel an 315.000 deutsche Adressen. Die 3000 größten Player griffen davon „etwa 20 Prozent“ ab, also 1,4 Milliarden; im Schnitt 467.000 Euro pro „Betrieb“; wobei der Begriff nicht recht passen will. Unter den Top-Empfängern waren die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (60 Millionen) oder das Bayerische Landwirtschaftsministerium (17 Millionen) – und riesige Agrarholdings, die teilweise Finanzinvestoren gehören und an denen auch Supermarktketten Anteile halten.

Die unteren 62 Prozent der deutschen Landwirtschaften – rund 195.000 – teilten 700 Millionen Euro; macht 3600 pro Hof. ([Mehr zu den Zahlen im Rems-Murr-Kreis finden Sie hier.](#))

Wer viel Land hat, kriegt viel Geld; ob er verantwortungsvoll mit der Fläche umgeht, ist dabei ebenso schnuppe wie die Frage, ob er die Summe wirklich braucht. Die Kleinen hingegen sind die Gelackmeierten.

Sollten sie deshalb auch mal gegen ihren eigenen Bauernverband demonstrieren? Denn der hat ja genau dieses System dank seiner gewaltigen Lobby-Macht über Deutschland hinaus in der EU mit hochgezüchtet und zementiert. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied fordert in Fensterreden: „Unseren Bauernfamilien eine Zukunft!“ Und bekam 2022 für seinen eigenen Betrieb 110.000 Euro EU-Subventionen. Wenig überraschend, dass er das bestehende System nicht hinterfragt.

Warum die Solidaritätsadresse der CDU an die Landwirte heuchlerisch ist

Wenn sie schon dabei sind, könnten die Bauern mit ihren Schleppern auch bei der CDU/CSU vorbeituckern. Die „steht an der Seite der Landwirtschaft“, heißt es zwar in einer aktuellen Pressemitteilung, man solle endlich „zu tragfähigen, fairen Lösungen kommen“ – aber mit Verlaub, das ist Heuchelei. Seit 1949 gibt es Landwirtschaftsminister in Deutschland: In 53 dieser 75 Jahre war das Ressort in CDU/CSU-Hand, unter anderem von 2005 bis Ende 2021. Genug Zeit, um die Förderprinzipien „tragfähig“ und „fair“ zu gestalten. ([Mehr dazu auch hier.](#))

Stattdessen gaben Leute wie Franz-Josef Holzenkamp den Ton an: Bis 2017 war er im Bundestag Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion. Zur gleichen Zeit hatte er den Aufsichtsratsvorsitz inne bei der Agravis, einem Agrargüterhändler, der den Bauern Futtermittel, Saatgut, Pestizide, Mineral- und Stickstoffdünger verkauft. Wie viel er damit nebenher verdiente, lässt sich aufgrund der wachswenigen Transparenz-Richtlinie des Bundestags nur vage beziffern: mehr als 7000 und weniger als 15.000 Euro im Monat. Wundern wir uns, dass Holzenkamp sich gegen konsequentere Düngeregeln stemmte? Weshalb hätte er statt des Prinzips „Subvention nach Fläche“ eine Förderpraxis befürworten sollen zugunsten von Betrieben, die umweltfreundlich wirtschaften – mit weniger Land und viel weniger Düngemittel?

Noch mal: Die Ampel hat sich die aktuellen Proteste selber eingebrockt. Nur: Wenn der Agrardiesel billig bleibt, wird davon die Bauernwelt nicht heil. Es gibt wichtige Stimmen, die darauf hinweisen – nur dringen sie derzeit nicht durch.

Bemerkenswert: Wie die "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" argumentiert

Die „[Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft](#)“ plädiert auch glühend für die Erhaltung der Diesel-Stütze, aber bleibt dabei nicht stehen. Es gelte, „endlich das Ruder herumzureißen“ in der Agrarpolitik: faire Preise für die Landwirte von den Großmolkereien und Handelsketten; Einführung einer Tierwohlabgabe, gegen die moralisch kranke industrielle Massentierhaltung; höhere Grunderwerbsteuer für Konzerne, die bereits enorm viel Land besitzen und noch mehr erwerben wollen.

Vom Weltagrarbericht, an dem 400 Wissenschaftler mitgewirkt haben, über die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung bis zur Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) herrscht im Prinzip Einigkeit: Wir müssen wegkommen von der Gießkannensubvention nach Fläche, hin zur gezielten Stärkung lokaler und regionaler Betriebe.

Die Verbraucherinitiative [Foodwatch](#) hat dieser Tage geschrieben: Es gelte, „das gesamte Agrarsystem vom Kopf auf die Füße zu stellen“. So ist es – auch wenn das auch diesmal wohl nicht passieren wird.

Alle dreschen auf die Ampel ein, und dagegen ist ja auch nichts einzuwenden - mehr dazu gleich. Was aber in der aktuellen Debatte oft viel zu kurz kommt: Andere haben über viele Jahre hin weg viel mehr zu den Nöten der Bauern beigetragen. Zu nennen sind zum Beispiel die großen Handelsketten oder die verfehlte Subventionspolitik der CDU/CSU. Auch der Bauernverband ist eher nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Und wir Verbraucher tragen ebenfalls Schuld. In diesem Streit ist viel Heuchelei im Spiel.

Dreihundert Leute fanden sich am Sonntag ein zum [Mahnfeuer in Großheppach, die Rauchsäule war im halben Remstal zu sehen](#): ein starkes Zeichen der Landwirte und ihrer Sympathisanten. Nur: So nachvollziehbar der Unmut ist – er richtet sich zum Teil gegen die Falschen.

Notwendige Vorbemerkung: Natürlich hat sich die Ampel den Bauernprotest selbst eingebrockt

Eins vorweg, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dass die Bauern auf die Ampel sauer sind, [ist voll verständlich](#). Die Regierung schraubt an der Steuer-Erleichterung für Agrardiesel rum, ohne sich Gedanken zu machen über viel fragwürdigere und teurere Subventionen wie das Dienstwagenprivileg. Obendrein trifft die Kürzung gerade Biobauern am härtesten, weil sie, um Düngemittel zu sparen, öfter ihre Felder beackern müssen.

Dass viele Leute, die sonst mit der Landwirtschaft nicht viel am Hut haben, in den Protest miteinstimmen, ist auch nachvollziehbar. Die Ampel stolpert von einer unausgegorenen Entscheidung in die nächste, dem Agrardiesel-Plan ging die [Streichung der E-Auto-Prämie](#) von heute Vormittag auf morgen Nacht voraus. Politische Linie? Kurzatmige Haushaltsloch-Stopferei. Wen wundert's, dass sich Menschen den Bauernprotesten anschließen, um mal ihrer grundsätzlichen Unzufriedenheit Luft zu verschaffen?

Nur: In Sachen Agrarpolitik greift das alles gnadenlos zu kurz.

Das Mahnfeuer, die Verbraucher, die Supermärkte und das Billig-Diktat

„Knaller“, wirbt derzeit ein Supermarkt im Rems-Murr-Kreis: 100 Gramm Schweinefilet für 88 Cent! Bei einem anderen gibt es Geschnetzeltes nach Gyros-Art: Das Kilo zu 5,58 Euro reicht fürs Mittagessen einer sechsköpfigen Familie. Welcher kleine Bauer soll mit solchen Dumpingangeboten aus der Agrarindustrie konkurrieren können? Und mit der Gurke oder Milch geht es weiter. Die Discounter nutzen ihre Marktmacht für knallharte Preisdiktate.

Müssten die Bauern ihre Traktoren eigentlich mal auf einem Supermarkt-Parkplatz abstellen? Problem: Dafür bekämen sie wohl deutlich weniger Zuspruch von der Bevölkerung, als wenn es gegen die Ampel geht. Denn manche, die sich derzeit selber feiern als Mitstreiter im Freiheitskampf der Bauern, holen danach doch wieder die „Maispoularde goldgelb“, 1,4 Kilo für 6,99 Euro. Waren Sie am Sonntagabend beim Mahnfeuer in Großheppach? Haben Sie dort den Impuls mitgenommen, künftig auf dem Wochenmarkt einzukaufen oder bei Direktvermarktern und dafür etwas mehr hinzulegen? Oder nehmen Sie am kommenden Samstag beim wöchentlichen Großshopping dann doch wieder das eingeschweißte Billigfleisch aus dem Regal? Wie es den Bauern geht, liegt nicht nur an der Ampel. Es liegt an uns allen.

Wer hat, dem wird gegeben: Die Fehlsteuerung der EU-Subventionspolitik

Subvention nach Fläche: Das ist in der EU seit vielen Jahren das wichtigste Förderprinzip. Was das bedeutet, hat der BUND errechnet. Sieben Milliarden Euro flossen 2022 aus Brüssel an 315.000 deutsche Adressen. Die 3000 größten Player griffen davon „etwa 20 Prozent“ ab, also 1,4 Milliarden; im Schnitt 467.000 Euro pro „Betrieb“; wobei der Begriff nicht recht passen will. Unter den Top-Empfängern waren die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (60 Millionen) oder das Bayerische Landwirtschaftsministerium (17 Millionen) – und riesige Agrarholdings, die teilweise Finanzinvestoren gehören und an denen auch Supermarktketten Anteile halten.

Die unteren 62 Prozent der deutschen Landwirtschaften – rund 195.000 – teilten 700 Millionen Euro; macht 3600 pro Hof. ([Mehr zu den Zahlen im Rems-Murr-Kreis finden Sie hier.](#))

Wer viel Land hat, kriegt viel Geld; ob er verantwortungsvoll mit der Fläche umgeht, ist dabei ebenso schnuppe wie die Frage, ob er die Summe wirklich braucht. Die Kleinen hingegen sind die Gelackmeierten.

Sollten sie deshalb auch mal gegen ihren eigenen Bauernverband demonstrieren? Denn der hat ja genau dieses System dank seiner gewaltigen Lobby-Macht über Deutschland hinaus in der EU mit hochgezüchtet und zementiert. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied fordert in Fensterreden: „Unsere Bauernfamilien eine Zukunft!“ Und bekam 2022 für seinen eigenen Betrieb 110.000 Euro EU-Subventionen. Wenig überraschend, dass er das bestehende System nicht hinterfragt.

Warum die Solidaritätsadresse der CDU an die Landwirte heuchlerisch ist

Wenn sie schon dabei sind, könnten die Bauern mit ihren Schleppern auch bei der CDU/CSU vorbeituckern. Die „steht an der Seite der Landwirtschaft“, heißt es zwar in einer aktuellen Pressemitteilung, man solle endlich „zu tragfähigen, fairen Lösungen kommen“ – aber mit Verlaub, das ist Heuchelei. Seit 1949 gibt es Landwirtschaftsminister in Deutschland: In 53 dieser 75 Jahre war das Ressort in CDU/CSU-Hand, unter anderem von 2005 bis Ende 2021. Genug Zeit, um die Förderprinzipien „tragfähig“ und „fair“ zu gestalten. ([Mehr dazu auch hier.](#))

Stattdessen gaben Leute wie Franz-Josef Holzenkamp den Ton an: Bis 2017 war er im Bundestag Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion. Zur gleichen Zeit hatte er den Aufsichtsratsvorsitz inne bei der Agravis, einem Agrargüterhändler, der den Bauern Futtermittel, Saatgut, Pestizide, Mineral- und Stickstoffdünger verkauft. Wie viel er damit nebenher verdiente, lässt sich aufgrund der wachweichen Transparenz-Richtlinie des Bundestags nur vage beziffern: mehr als 7000 und weniger als 15.000 Euro im Monat. Wundern wir uns, dass Holzenkamp sich gegen konsequentere Düngeregeln stemmte? Weshalb hätte er statt des Prinzips „Subvention nach Fläche“ eine Förderpraxis befürworten sollen zugunsten von Betrieben, die umweltfreundlich wirtschaften – mit weniger Land und viel weniger Düngemittel?

Noch mal: Die Ampel hat sich die aktuellen Proteste selber eingebrockt. Nur: Wenn der Agrardiesel billig bleibt, wird davon die Bauernwelt nicht heil. Es gibt wichtige Stimmen, die darauf hinweisen – nur dringen sie derzeit nicht durch.

Bemerkenswert: Wie die "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" argumentiert

Die „[Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft](#)“ plädiert auch glühend für die Erhaltung der Diesel-Stütze, aber bleibt dabei nicht stehen. Es gelte, „endlich das Ruder herumzureißen“ in der Agrarpolitik: faire Preise für die Landwirte von den Großmolkereien und Handelsketten; Einführung einer Tierwohlabgabe, gegen die moralisch kranke industrielle Massentierhaltung; höhere Grunderwerbsteuer für Konzerne, die bereits enorm viel Land besitzen und noch mehr erwerben wollen.

Vom Weltagrarbericht, an dem 400 Wissenschaftler mitgewirkt haben, über die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung bis zur Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) herrscht im Prinzip Einigkeit: Wir müssen wegkommen von der Gießkannensubvention nach Fläche, hin zur gezielten Stärkung lokaler und regionaler Betriebe.

Die Verbraucherinitiative [Foodwatch](#) hat dieser Tage geschrieben: Es gelte, „das gesamte Agrarsystem vom Kopf auf die Füße zu stellen“. So ist es – auch wenn das auch diesmal wohl nicht passieren wird.